

Der sächsische Erzähler

Wochenblatt für Bischofswerda, Stolzen und Umgegend.

Amtsblatt der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion u. des Agl. Landesbeamten am Banzen,
sowie des Agl. Amtsgerichtes und des Stadtamtes zu Bischofswerda.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 3 mal, Mittwoch und Sonnabend, und liefert einschließlich der Sonnabends erscheinenden "Sächsischen Zeitung" vierteljährlich 1 Band 50 Bl. Einzelne Nummer 10 Bl.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen.

Abonnement, welche in diesem Blatte die wöchente Bezeichnung haben, werden bis Dienstag und Freitag fällig und angenommen u. fallen bei der nächsten Gewinnsteuerabrechnung ab.

Nachbestellungen

Freitag, den 4. Juni dieses Jahres,

von Vormittags 8 Uhr an,

Versteigerung einer größeren Parthei **Schels-** und **Stochols**, sowie **Reipig** auf dem Holzschlag zwischen Demitz und Schmöllner Weg.
Versammlung auf diesem Holzschlag.

Stadtrath Bischofswerda, den 27. Mai 1886.

Einz.

Im laufenden Monate ist eine Revision der Landtagswahllisten vorzunehmen und wird hierdurch auf das jedem Beteiligten zustehende Recht der Einsichtnahme von letzteren und auf die Notwendigkeit, etwaige Einsprüche gegen deren Inhalt rechtzeitig anzubringen, öffentlich aufmerksam gemacht.

Stadtrath Bischofswerda, den 1. Juni 1886.

Einz.

Politische Weltanschau.

Überaus heiße Tage liegen hinter uns und viele Theile des Vaterlandes sind während derselben von schweren Gewittern arg heimgesucht worden. Auch den Vertretern des deutschen Volkes scheint der Boden der Reichshauptstadt zu glühend und die Luft zu gewitterschwül geworden zu sein, denn sie haben die beiden Entwürfe eines Brautweinsteuergesetzes nach kurzen aber erregten Verhandlungen am Dienstag einem Ausschuss von 28 Mitgliedern zur Beratung überwiesen und sind in der Mehrzahl den kühleren Flüren der Heimath zugeeilt. Die Commission begann bereits am Mittwoch unter dem Vorsitz des Grafen Hompesch und in Gegenwart zahlreicher Bundesratsmitglieder ihre Arbeiten, die trotz der Kühle, mit welcher man an dieselben herantrat, ziemlich langsam von Statten gingen und kein anderes Ergebnis lieferten, als eine Vertagung der Beratung bis zum Montag. Dieser neue Ausschuss hat sicher keinen anderen Zweck, als den Conservativen die Ausarbeitung eines neuen Consumsteuer-Entwurfs zu ermöglichen, da eine Annahme der Regierungsvorlage kaum zu erwarten ist, nachdem sich gegen die letztere die Vertreter des Centrums in der Commission entschieden ausgesprochen haben. Die deutsch-freisinnigen Ausschussmitglieder hielten keineswegs den von dem Abg. Richter in der Plenarrede vertretenen, jede höhere Brautwein-Besteuerung unbedingt ablehnenden Standpunkt fest; sie erklärten vielmehr, ihre Stellung von den Absichten der Regierung betreffs der Vermeidung der Erträge abhängig zu machen, worüber der Abg. Richter eine Anzahl formulirter Fragen vorlegte. Im Ganzen haben die Aussichten des Entwurfs sich bis jetzt noch gar nicht geklärt; es wird dies erst geschehen, wenn die Abänderungsanträge vorliegen und die Regierungen zu denselben Stellung genommen haben. Seitens der Reichsregierung besteht noch offiziöse Anbeutungen die Absicht, dem Reichstage noch die Beratung zweier neuer Vorlagen, des Gesetzentwurfs über den Nachtragsteuer und des Militär-Wesiten-Gesetzes, zu zuzumuten. Bei derjenigen Gesetzeslage des Reichstages und der durch die vorausgeführte Jahreszeit hinreichend erfüllten formell-hohen Beschlussfähigkeit des letzteren, dürfte eine Durchsetzung der Vorlagen bis zum Herbst unauftreiblich sein. Den Gegnern der Colonialpolitik wird das Bekanntmachen des vorstrebigen Verhaltens der Eingeborenen auf den australischen Inseln des Bismarck-Archipels Stoff zu neuen Angriffen bieten. Im Ganzen haben sich aber bisher die Eingeborenen in den politischen hauptsächlich überseeischen Schengenstaaten gewöhnlich ruhig verhalten und nach den in verschiedenen Auswanderungsgebieten geschilderten Erfahrungen liegt das zuversichtlich.

Inseln Neu-Island und Neu-Britannien die ihnen von dem schneidigen Commandanten des Kreuzers "Albatros", dem Grafen Baudissin, ertheilte scharfe Lecture merken und die deutschen Händler künftig in Ruhe lassen werden. Sollte der Handel im Bismarck-Archipel nicht ganz ins Stocken gerathen, so müssten die Eingeborenen nach der Verreibung der Handelsstationen und Ermordung zweier europäischer Händler eine ernste Rücksicht erfahren, die ihnen dann auch nicht erspart geblieben ist. Einen sehr erstaunlichen Beitrag zur deutschen Colonialpolitik bietet das von der Hamburger Bürgerschaft zur Vermeidung der Sklaverei beschlossene Gesetz, wonach Auswanderer auf sogenannte Abarbeitungscontracte von Hamburg künftig nicht mehr befördert werden dürfen. Für die innere Politik des Reiches ist es von wesentlicher Bedeutung, daß in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums das Regulativ und die Ernennung der Mitglieder der Immediatcommission für die Ausführung des für die östlichen Provinzen Deutschlands berechneten Colonisationsgesetzes definitiv festgestellt wurden, sowie daß die Canal-Vorlagen im preußischen Abgeordnetenhaus Annahme fanden.

Für die österreichische Handelswelt ist der Abbruch der Sollverhandlungen mit Rumänien ein harter Schlag, dessen Folgen durch die von Wien aus angeordneten Kampfzölle kaum wesentlich gemildert werden können. Derartige Vorlommisse sollten eigentlich ein Einlenken in die schwere Vertragsspolitik bewirken; dazu ist aber bis jetzt die schwarzösterreichische Strömung in Oesterreich viel zu stark. jedenfalls ist durch diesen Zwischenfall die Stellung des internationalen Leiters des österreichischen Handelsministeriums, von Buhwald, nicht verbessert worden und soll die Ernennung eines neuen Handelsministers nahe bevorstehen. Auch der österreichische Finanzminister hat jetzt mit schweren Sorgen zu kämpfen, da er sich, nach seiner eigenen Aussicht dem Kaiser gegenüber verpflichtete, die mit Ungarn vereinbarten Petroleumslöfe im österreichischen Abgeordnetenhaus unverändert durchzusetzen.

Er stellte deshalb die Abgeordneten auf, Polen vor die Alternative, entweder die Vorlage zu genehmigen oder die Schuld an seinem Misstritt zu tragen. Die Polen konnten sich trotz dieses heftigen Dranges noch nicht entscheiden, auf jeden Widerstand zu verzichten und da sie in dieser Frage auf die Unterstützung der Linken zählen können, so versuchen sie auch über die Majorität. — Im angloischen Abgeordnetenhaus hat der Ministerpräsident gegen die Reaktionen des Domhofs bei überzeugenden Überreden davon, der 1840 bei der Eröffnung zum Dian zu tun, diese ungünstigen General-eine handeln, um die Partei zu unterstützen und sie folgte in der Abstimmung.

Da aber die Wiener officiellen Organe die Handlung des Generals als einen Act der Pietät hingestellt hatten, durfte Liszt gezwungen werden, nachträglich seine Neuerung zu widerufen und seine Ansicht als eine rein persönliche hinzustellen.

Nach einer von dem Blatt "Opinione" aufgestellten Liste sind die italienischen Wahlen so regierungsfreudlich ausgefallen, daß der Minister De Prez über eine sehr annehmbare Sommermehrheit berichtet. Die Liste enthält nämlich, obwohl sie nicht die tatsächlichen Spaventa und Mudini summt ihrem Anhänger zu Gegnern der Regierung gehörten worden sind, nur 203 oppositionelle Abgeordnete, so daß die ministerielle Mehrheit, die jetzt noch nicht definitiv gewählten Vertreter ungetrennt 296 Stimmen beträgt. Eine Festigung der italienischen Regierung ist um so wünschenswerther, als Italien sich neuen ernsten Calamitäten gegenüber sieht. In Norditalien scheint sich die Cholera mehr und mehr auszubreiten; in der ehemaligen Landschaft Apulien haben die Socialisten einen sehr gefährlichen Aufstand angezettelt, bei dem es besonders in Conversano zu heftigen Kämpfen zwischen den Arbeitern und Soldaten gekommen ist; natürlich hat der Ausbruch des Arma Verhältnisse angenommen, welche die Bewohner der Nachbarorte schwer bedroht und ernste Fürsorge für die aus vielen sizilischen Dörfern Fliehenden nötig macht.

Die belgischen Arbeiter waren von ihren sozialistischen Führern bestrebt worden, am 13. Juni massenhaft in Brüssel zu erscheinen und dort Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmenrechts zu veranstalten. Der deshalb befohlene Bürgerkrieg wurde eingehalten, daß die Arbeitermassen unbewaffnet kommen würden und daß deren Führer sich ihrer schweren Gewaltlosigkeit zu sehr bewußt wären, um andern die geringste Ausschreitung zu gestatten. Der Bürgermeister Buls hat trotzdem bekannt gemacht, daß er jede Massenkundgebung zu verhindern entschlossen sei, weil er den Männern der Arbeiterfaire so große Macht über die Leute geben würde, daß sich die ersten selbst gewaltig machen.

Noch langem Bögen hat sich die französische Regierung entschlossen, der Statthalter der Altrepublik als Gefangene zu aufzuhören. Millionen an die jüngsten Sozialisten, die durch einen Konsul aus dem Abgeordnetenhaus ausgewählt wurden, schickte ein besonderes Telegramm, um sie auf die